

Konsultationsforum zum neuen Programm „Bürger/innen für Europa“ zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft (2007-2013)

Zusammenfassung und Empfehlungen

Das Konsultationsforum zum künftigen Aktionsprogramm zur Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft (2007-2013) war der zweite Teil einer breiten zweistufigen Konsultation, die von der Generaldirektion Bildung und Kultur organisiert worden war. Es fand am 3. und 4. Februar 2005 statt und schloss unmittelbar an die öffentliche Online-Konsultation (Dezember 2004 bis Februar 2005) an, bei der über tausend Antworten eingingen (*Internet-Link*).

Am Forum, das dieses recht beachtliche Ergebnis zum Ausgangspunkt nahm, wirkte die ganze Bandbreite der Stakeholder mit: etwa 350 Akteure und Vertreter der europäischen Zivilgesellschaft nahmen daran teil – NRO, Think-Tanks, regionale und kommunale Behörden, europäische Netzwerke, Interessengruppen, Gewerkschaften und europäische Vereinigungen. Die zweitägige Veranstaltung stellte einen entscheidenden Schritt in der Ausarbeitung des Vorschlags für das neue Programm für eine aktive Unionsbürgerschaft dar und bot den Teilnehmern die Gelegenheit, sich untereinander und mit der Europäischen Kommission über die aktuellen Probleme und Fragen, die Zielgruppen, die Hauptziele und die verschiedenen Umsetzungsmöglichkeiten auszutauschen.

Ziel war vor allem, vor dem Hintergrund der Diskussionen zur finanziellen Vorausschau 2007-2013 den Dialog und die Debatte rechtzeitig anzuregen und somit mit konkreten Vorschlägen, Empfehlungen und Anregungen zur Ausarbeitung des neuen Programms für eine aktive Unionsbürgerschaft beizutragen, mit dem das derzeitige Übergangsprogramm verbessert und gefestigt werden soll.

1. Allgemeines

Die Teilnehmer wiesen von Anfang an darauf hin, dass sie die Erfahrungen der Vergangenheit nutzen wollten. Dabei hatte das Forum Folgendes vor Augen: Das neue Programm sollte das Vorläuferprogramm nicht ersetzen, sondern darauf aufbauen und so den derzeit laufenden Projekten zu neuem Leben verhelfen. Ausgehend von den bereits gewonnenen Erkenntnissen sollten Aktivitäten unterstützt werden, die die ausgezeichnete Arbeit zahlreicher, bereits durchgeführter Projekte fortsetzen.

Es kristallisierte sich die Forderung heraus, dass die Unterstützung der Stakeholder und ihrer Projekte insgesamt aufrechterhalten und intensiviert werden soll. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand der Wunsch nach Kontinuität und zwar sowohl was die Förderung betrifft als auch die jeweilige Art der bislang durchgeführten Projekte und Aktivitäten. Gleichwohl – so einige Teilnehmer – schließt Kontinuität Innovation nicht aus. Sie kann die Bildung neuer Netzwerke bzw. die Festigung bestehender Netzwerke begünstigen, die dann ihrerseits als Innovationsforen fungieren können. Ein noch gewichtigeres Argument lautete, dass das Programm

flexibel genug für jene Art von Neuerungen sein müsse, ohne die es nicht an ein sich ständig veränderndes Umfeld angepasst werden könne.

In den Debatten wurde des Weiteren betont, dass das Programm sowohl dem einzelnen Bürger als auch Europa insgesamt zugute kommen muss. Unabhängig von ihrer Definition darf die aktive Bürgerschaft nicht Selbstzweck sein. Sie muss auch dazu beitragen, den Gedanken der europäischen Integration stärker ins Bewusstsein zu rücken und die Bürger in einen Integrationsprozess einzubinden, der nur mit ihrer aktiven Beteiligung gelingen kann. In diesem Zusammenhang herrschte praktisch von Anfang an Einigkeit darüber, dass das Programm einen europäischen Mehrwert für die durchgeführten Aktivitäten haben muss. Angesichts der derzeitigen europapolitischen Landschaft ist die Notwendigkeit, den Schwerpunkt auf Maßnahmen und Projekte zu legen, die den interkulturellen Dialog und das gegenseitige Verständnis fördern und stimulieren, eng mit dieser transnationalen Dimension verknüpft.

Ein weiterer, an die bereits erwähnten Überlegungen anschließender Punkt, auf den man sich einigte, war die Forderung nach einem ausgewogenen Verhältnis bei der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen aus allen Mitgliedstaaten. Obwohl die Förderung der aktiven Bürgerschaft selbst schon eine Herausforderung ist, sprach sich das Forum vehement dafür aus, Brücken zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der „alten“, „neuen“ und künftigen Mitgliedstaaten zu schlagen. Für eine europäische politische Kultur, die noch in den Kinderschuhen steckt, und für ein europäisches Förderprogramm, dessen Basis die Solidarität der Teilnehmer und der Bürger ist, können solche Verbindungen nur von Vorteil sein und sich als Quell der Inspiration erweisen.

Schließlich forderten zahlreiche Teilnehmer in allen Konsultationsphasen, dass mehr Gewicht auf die Evaluierung gelegt wird. Dank der Evaluierung, so die Befürworter, könnten sowohl die am Programm Beteiligten als auch die Akteure oder Organisationen, die einen Zuschuss beantragen möchten, Einblick in die derzeit laufenden Projekte und Aktivitäten gewinnen. Die Evaluierung würde ferner dazu beitragen, den Wert der durchgeführten Arbeiten aufzuzeigen, der der Öffentlichkeit oft verborgen bleibt. Darüber hinaus könnte die Kommission besser beurteilen, welche Arten von Aktivitäten fortgesetzt werden sollen und wo sich Innovationen aufdrängen. Mit anderen Worten, der Kommission stünden während des Auswahlverfahrens bessere Prüfkriterien für den Inhalt und die geplante Umsetzung der Projekte zur Verfügung.

Die Diskussionen erbrachten einige wichtige Anregungen, die alle in den Vorschlag der Kommission für ein neues Programm zur Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft eingeflossen sind. Allerdings handelt es sich um ein Rahmenprogramm, das für einen längeren Zeitraum angelegt ist, und daher flexibel und anpassungsfähig sein muss. Auf diese Weise können auch viele der anderen, ausführlicheren Empfehlungen, die im Verlauf des Forums formuliert wurden, in der Phase der Programmdurchführung berücksichtigt werden.

Neben diesen allgemeinen Kommentaren brachten zahlreiche Teilnehmer auch speziellere Aspekte zur Sprache. Diese wurden erörtert und in die verschiedenen

Arten von Maßnahmen einbezogen, die das Programm im Zeitraum 2007-2013 unterstützen und fördern wird.

2. Antworten auf Fragen zu den Aktionsarten

Aktion 1 - Aktive Bürger/innen für Europa

Praktisch alle Forumsteilnehmer sprachen sich mit Nachdruck für eine Fortsetzung der Aktivitäten im Bereich der Städtepartnerschaften aus. Das Programm berücksichtigt diese berechtigten Erwartungen, indem es die betreffenden Aktivitäten unter Aktion 1 zu einer eigenen Kategorie zusammenfasst. Diese Aktion ist dem direkten Austausch zwischen europäischen Bürgern gewidmet und soll dazu beitragen, dass die Menschen mehr über einander erfahren und sich bessern verstehen.

Aktion 1 unterstützt auch verschiedene transnationale und sektorenübergreifende Projekte mit direkter Bürgerbeteiligung. Die finanzierten Projekte müssen Maßnahmen oder Debatten unterstützen, die das gegenseitige Verständnis fördern und für den europäischen Integrationsprozess sensibilisieren. Insofern trägt diese Aktion der Forderung Rechnung, dass das Programm sowohl für den einzelnen Bürger als auch für Europa insgesamt einen Nutzen haben muss.

Aktion 2: Aktive Zivilgesellschaft in Europa

Viele Teilnehmer befürworteten in den Forumdiskussionen die weitere Bezuschussung der Betriebskosten von Think-Tanks und zivilgesellschaftlichen Organisationen, ohne die zahlreiche kleinere Einrichtungen nicht überleben könnten. Als Argument wurde ferner angeführt, dass diese Organisationen oder Forschungszentren dank der öffentlichen Finanzhilfen ihre Unabhängigkeit wahren können, die durch die Abhängigkeit von privaten Geldern gefährdet wäre. Das neue Programm greift dieses Anliegen auf und sieht im Rahmen von Aktion 2 gezielte Maßnahmen vor, die auf die Strukturförderung für Forschungseinrichtungen im Bereich der europäischen Strategiefelder und für zivilgesellschaftliche Organisationen auf europäischer Ebene abstellen. Die Tatsache, dass das Programm die Stärkung der transeuropäischen Netzwerke als wichtiges Ziel enthält, ist eine Reaktion auf zahlreiche entsprechende Anmerkungen von zahlreichen Teilnehmern. Um das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu optimieren, ist auch ein ausreichender Betrag für relativ kleine Betriebskostenzuschüsse vorgesehen.

Die Unterstützung für Initiativen zivilgesellschaftlicher Organisationen stellt eine weitere Maßnahme im Rahmen von Aktion 2 dar, mit der das Programm den Forderungen der Teilnehmer Rechnung trägt. Auch diese Maßnahme, bei der auf die direkte Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen verschiedener Mitgliedstaaten verwiesen wird, fördert den fruchtbaren Austausch zwischen bereits bestehenden und die Einrichtung von neuen Netzwerken.

Aktion 3: Gemeinsam für Europa

Das Konsultationsforum fand zu einem Zeitpunkt statt, da man vielerorts der tragischen Ereignisse gedachte, die Europa und die ganze Welt vor Jahrzehnten heimgesucht hatten. Vor diesem Hintergrund schlugen daher zahlreiche Teilnehmer vor, Großveranstaltungen zu organisieren, um die Debatte über die europäische Bürgerschaft, die europäischen Werte und die europäische Geschichte zu bereichern. Das neue Programm sieht die Unterstützung solcher Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeitswirkung vor, die gemeinsam mit der Europäischen Kommission organisiert werden. Mit dieser Maßnahme (Aktion 3) sollen die Bürger in einen interkulturellen Dialog eingebunden und ihnen die Geschichte, die Errungenschaften und die Werte Europas und der Europäischen Union bewusst gemacht werden. Auf diese Weise soll ein zwar noch schwaches aber doch erkennbares kollektives Gedächtnis geprägt werden, das auf die Zukunft ausgerichtet ist und dazu beiträgt, dem Gefühl einer europäischen Identität Ausdruck zu verleihen.

Viele Teilnehmer beklagten, dass sie nicht über genügend Informationen verfügen. Das neue Programm behebt diesen Mangel und sieht unter Aktion 3 eine Maßnahme zur Entwicklung und Förderung von Informations- und Verbreitungsinstrumenten vor. Ein Internet-Portal soll die zahlreichen Initiativen im Bereich der aktiven Bürgerschaft vorstellen und umfassende Informationen über die verschiedenen Programmaktivitäten und sonstige europäische bürgerschaftsrelevante Aktionen bieten.

3. Antworten auf verwaltungstechnische Fragen

Auf die zahlreichen Fragen zu diesem Thema reagierte die Kommission zunächst mit dem Hinweis, dass der Rahmen durch die Haushaltsordnung vorgegeben sei, die in den kommenden Jahren überarbeitet werden dürfte. Die Kommission verfolge daher den allgemeinen Ansatz, eine Reihe von Grundsätzen in dem vorgeschlagenen Beschluss niederzulegen und gleichzeitig eine gewisse Flexibilität zu wahren, damit Anpassungen an künftige Rahmenbedingungen möglich sind.

Viele Teilnehmer forderten größere Offenheit und Transparenz bei der Auswahl der zu finanzierenden Projekte und Organisationen. Entsprechend dem Gleichbehandlungsgrundsatz der Haushaltsordnung werden in Zukunft alle Aktivitäten im Wege von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählt. Einige Teilnehmer äußerten Besorgnis über die Kontinuität der derzeitigen Förderung. Die Kommission erklärte, die Kriterien würden so festgelegt, dass die derzeitigen Zuschussempfänger, die gute Arbeit leisten, nicht von diesen Aufforderungen ausgeschlossen werden. Die Einführung von Partnerschaften mit Mehrjahresfinanzierung wurde als Möglichkeit begrüßt, Organisationen oder größere Projekte, die im Rahmen des Programms kofinanziert werden, finanziell besser abzusichern.

Viele Teilnehmer sprachen sich dafür aus, der Evaluierung der Ergebnisse der durchgeführten Aktivitäten größeres Gewicht zu verleihen. Die Kommission bestätigte, dass eine gründliche Evaluierung zwei Vorteile hätte: die Auswirkungen und die Anerkennung der durchgeführten Aktivitäten würden deutlich hervortreten und die Entscheidung, welche Arten von künftigen Aktivitäten durch das Programm gefördert werden sollen, wäre einfacher.

Die Teilnehmer ersuchten die Kommission außerdem, die unschätzbare Arbeit zu berücksichtigen, die die freiwilligen Mitarbeiter von zahlreichen auf dem Forum vertretenen Organisationen leisten. Ohne sie wären viele Organisationen und Vereinigungen gar nicht handlungsfähig. Und dennoch werde im derzeitigen Bürgerschaftsprogramm dem Einsatz und Zeitaufwand dieser Mitarbeiter – Symbol der Solidarität in der sich entwickelnden europäischen Zivilgesellschaft – nicht Rechnung getragen. Die Kommission schlug vor, bei kleinen Zuschüssen eine Kofinanzierung in Form von Sachleistungen zuzulassen.

Schließlich forderten die Forumsteilnehmer in allen Sitzungen nachdrücklich eine Vereinfachung der Verfahren des gesamten Finanzierungsprozesses. Die Kommission räumte ein, dass in diesem Punkt Handlungsbedarf besteht. Sie erklärte, sie werde prüfen, wie eine Reihe von Vereinfachungsmodalitäten aus anderen Programmen angewandt werden könnte. Die Kommission stimmte dem Vorschlag zu, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, in der die betroffenen Kreise vertreten sind und die sich mit den Durchführungsmodalitäten und insbesondere den finanziellen Zwängen und der Überprüfung der Finanzregelungen befassen soll.

Konsultationsforum zum künftigen Aktionsprogramm zur Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft (2007-2013)

Am 3. und 4. Februar 2005 fand in Brüssel ein Konsultationsforum zum neuen Aktionsprogramm zur Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft statt. Es war dies der zweite Teil einer breiten zweistufigen, von der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission organisierten Konsultation, der unmittelbar an die öffentliche Online-Konsultation (Dezember 2004 bis Februar 2005) anschloss, bei der über tausend Antworten eingingen. Mit dem Forum, das auf diesem bemerkenswerten Ergebnis aufbaute, sollte der Weg für ein Erfolg versprechendes und gefestigtes Aktionsprogramm der Gemeinschaft vorbereitet werden.

In diesem Forum war die gesamte Palette der Stakeholder der europäischen Zivilgesellschaft vertreten. Die Veranstaltung stellte einen außerordentlich wichtigen Schritt in der Ausarbeitung des Vorschlags für das neue Programm für aktive Bürgerschaft dar und war für die Teilnehmer – NRO, Think-Tanks, regionale und kommunale Vertreter, europäische Netzwerke, Interessengruppen, Gewerkschaften und europäische Vereinigungen – ein seltener und willkommener Anlass, ihre Erfahrungen auszutauschen und untereinander sowie mit der Europäischen Kommission über die anstehenden Probleme, die Zielgruppen, die Hauptziele und die verschiedenen Umsetzungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Ein besonders wichtiger Aspekt war, dass das Forum den Kommissionsvertretern die Gelegenheit bot, zuzuhören und zu lernen. Während zwei Tagen bemühten sich die 350 Teilnehmer, Lösungen für die Probleme zu finden, Verbesserungsvorschläge zu formulieren und praktische, konstruktive Ideen für das künftige Programm zu unterbreiten.

Dieses Unterfangen knüpft an die Einführung der Unionsbürgerschaft im Jahr 1993 durch den Vertrag von Maastricht an. Die Unionsbürgerschaft soll die nationale Staatsbürgerschaft ergänzen, sie jedoch nicht ersetzen. Insofern gründet sie nicht auf einzelstaatlichen Wurzeln, sondern auf dem, was die Bürger in ihrer Verschiedenheit im Hinblick auf eine gemeinsame Zukunft verbinden kann. Eine europäische Bürgerschaft kann somit nur verwirklicht werden, indem die europäische Kultur in ihrer Vielfalt in den Mittelpunkt gerückt, auf dem reichen kulturellen, sozialen und sprachlichen Erbe der kürzlich erweiterten Union aufgebaut und der europäische Bürger direkt in den Integrationsprozess eingebunden wird.

Der spezifische Charakter der europäischen Bürgerschaft ist früh erkannt worden. Für die Förderung der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene wurden Rechtsinstrumente als ungeeignet erachtet. Aus diesem Grund wurde ein Gemeinschaftsprogramm aufgelegt, bei dem die Bürger der Kristallisationskern des Prozesses sind. Im Unterschied zu den sektoralen Mechanismen, die in Bereichen wie Umwelt, Beschäftigung oder Industrie eingeführt wurden, galt das im Jahr 2004 gestartete Programm zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft als wirksameres Instrument, mit dem unter aktiver Bürgerbeteiligung transnationale Projekte durchgeführt werden, die ein Ziel von allgemeinem europäischem Interesse

verfolgen und die sich mit den Werten befassen, die der Union zugrunde liegen und diese bei ihrem Handeln lenken.

Gewährt werden im Rahmen dieses Programms, das von 2004 bis 2006 läuft, entweder Betriebskostenzuschüsse zur Kofinanzierung der Ausgaben, die bei der Umsetzung des laufenden Arbeitsprogramms von Einrichtungen anfallen, die ein Ziel von allgemeinem europäischem Interesse im Bereich der aktiven Bürgerbeteiligung verfolgen, oder Zuschüsse zur Kofinanzierung besonderer Aktionen in diesem Bereich, wie Städtepartnerschaften oder Einzelprojekte. Die bislang erzielten Ergebnisse belegen den Erfolg des Programms und es bestand nie ein Zweifel, dass es verlängert werden sollte. Jüngste Umfragen und Analysen von Forschungszentren und statistischen Einrichtungen jedoch haben wiederholt auf die zwischen den Bürgern und den europäischen Organen bestehende Kluft hingewiesen. Angesichts dieser Entwicklung, die durch die enttäuschend niedrige Beteiligung an den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament nochmals unter Beweis gestellt wurde, ist man sich zunehmend einig, dass dringend gehandelt werden muss.

Die Architekten des künftigen Programms wollten auf dem derzeitigen Übergangsprogramm aufbauen, wobei sie die Kohärenz verbesserten und das Programm so anpassten, dass es den berechtigten Erwartungen der Unionsbürger gerecht wird. Die Forumsteilnehmer wurden gebeten, über ihre Erfahrungen zu berichten, die derzeitigen Bedürfnisse aufzuzeigen und die Kommission bei der Festlegung der für die Zukunft am besten geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.

Das war die Herausforderung für das Konsultationsforum. Während zwei Tagen kamen die Teilnehmer in einer aufgeschlossenen, durch die Einweihung der Ausstellung *Town Twinning Golden Stars* (Goldene Sterne der Städtepartnerschaften) aufgelockerten Atmosphäre zusammen, um konstruktive Vorschläge und Empfehlungen zu formulieren und zu erörtern. Das Forum, das unmittelbar an die Online-Konsultation anschloss, sollte weitere Beiträge zu dem Siebenjahres-Rahmenprogramm liefern, das – so die Hoffnung der Kommission und aller Teilnehmer – flexibel, anpassungsfähig und erfolgreich werden soll. Zum einen war genügend Zeit angesetzt worden, damit greifbare Ergebnisse erzielt werden konnten, zum anderen fand das Forum rechtzeitig statt, damit die Schlussfolgerungen bei den Diskussionen über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 berücksichtigt werden konnten.

Das Forum wurde am Donnerstag, den 3. Februar, von Kommissar Ján Figel' eröffnet, dessen breit gefächertes und vielfältiges Ressort die Bereiche Allgemeine und berufliche Bildung, Kultur, Jugend, Sport, Mehrsprachigkeit und Zivilgesellschaft abdeckt. Anschließend folgte eine Reihe von Präsentationen, Einführungen und Kommentaren herausragender Vertreter der Europäischen Organe und der Zivilgesellschaft. Am Nachmittag fanden parallel drei Workshops statt, auf denen darüber diskutiert wurde, welche Schlüsse aus den gesammelten Erfahrungen zu ziehen sind. Die in drei Sitzungssälen stattfindenden Gesprächsrunden waren den drei Schwerpunkten des derzeitigen Programms gewidmet: Aktivitäten im Bereich Städtepartnerschaften, Forschungs-, Reflexions- und andere Studien von Organisationen von allgemeinem europäischem Interesse sowie Aktivitäten und Projekte. Am Abend des ersten Tages fand die Verleihung der *Town Twinning Golden Stars* statt: mit dem Goldenen Stern ausgezeichnet wurden zehn

außergewöhnliche Städtepartnerschaftsprojekte, die nach Dafürhalten der Europäischen Kommission einen besonderen Beitrag zur europäischen Integration geleistet haben.

Am zweiten und letzten Tag diskutierten alle Teilnehmer in der Plenarsitzung über Konzepte und Vorschläge für das neue Programm. Erörtert wurden u. a. das Grundprinzip des künftigen Programms, die Arten von Aktivitäten und Zielgruppen sowie die wichtige Frage der Finanzierungsmittel und -bedingungen.

Donnerstag, 3. Februar 2005

Eröffnungssitzung

Den Vorsitz führte der Generaldirektor für Bildung und Kultur, Nikolaus van der Pas, der alle Teilnehmer willkommen hieß und seine Freude und Dankbarkeit über das zahlreiche Erscheinen äußerte. Er rief die Zielsetzung für die kommenden Tage in Erinnerung, nämlich die bereits laufenden Aktivitäten und Projekte zu verbessern und neu zu beleben.

Dieser neue Impuls komme keineswegs aus dem Nichts und treffe nicht auf ein Vakuum; vielmehr werde das neue Programm auf dem Vorläuferprogramm aufbauen. Die zu fördernden Projekte und Aktivitäten sollten die ausgezeichnete Arbeit einer ganzen Reihe der zahlreichen, bereits durchgeführten Maßnahmen fortsetzen, wenn auch unter leicht abgeänderten Bedingungen. Drei Schlüsselmomente der vorhergehenden Tage und Monate prägten die Reden und Beiträge der Eröffnungssitzung am Morgen und setzten den Rahmen für die anschließenden Diskussionen. Möglicherweise beeinflussten sie auch den Inhalt des künftigen Programms zur Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft. Es ging dabei um Schlüsselmomente, die unmittelbar das dringende Erfordernis in den Vordergrund rückten, Vertrauen und Hoffnung bei den europäischen Bürgern zu wecken, die Struktur der europäischen Zivilgesellschaft erheblich veränderten und die Erinnerung an Schutt und Asche wachriefen, aus denen später die Europäische Union hervorging.

Ein erstes solches Schlüsselmoment waren die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament. Die geringe Wahlbeteiligung in praktisch allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeugte einmal mehr von der Kluft zwischen den Institutionen und den Bürgern Europas. Ein Zeichen für einen anhaltenden und offenbar unerschütterlichen Euroskeptizismus, der vielleicht, wie Kommissar Figel' vermutete, durch einen neuen Trend, der Euroapathie, abgelöst wird. Die Bürger hegen keine Zweifel mehr, sondern sind teilnahmslos; was sie brauchen, ist eine klare Vision von Europa. Europa muss den Bürgern und Bürgerinnen wieder näher gebracht werden. Mehr Bürgernähe ist denn auch eines der Kernelemente der strategischen Zielvorgaben der Kommission Barroso für die kommenden fünf Jahre. Und genau hier hakt das neue Programm ein, das vor allem darauf abstellt, einen Raum für die Beteiligung und den Dialog der Bürger auf europäischer Ebene zu schaffen, den europäischen Bürgern die Perspektive einer Teilhabe am Bauwerk Europa zu vermitteln und die demokratische Partizipation und aktive Einbindung der Bürger so zu konkretisieren, dass sie mehr als platte Slogans sind. Theodoor Adams, Direktor für Internationale Politik, der im Namen der niederländischen Ministerin für Bildung, Kultur und Wissenschaft, Frau van der Hoeven, das Wort ergriff, erklärte, diese Zielvorgabe könnte nur dann realistisch sein, wenn das Programm die Einstellungen und das Verhalten der Bürger thematisiere.

Zweitens, die jüngste Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten bringt nicht nur eine gewisse institutionelle Komplexität für die Funktionsweise der Union mit sich, sondern auch, und das ist für das zur Diskussion stehende Programm noch wichtiger, einen größeren und stärker von Unterschieden geprägten Handlungsraum. Es ergeben sich also neue Möglichkeiten. Aber – so

Pascal Lamy – diese Möglichkeiten gehen mit großen Herausforderungen, ja sogar Verpflichtungen einher, denn ungeachtet ihrer ausschlaggebenden Rolle beim Fall der Berliner Mauer sind die Zivilgesellschaften der neuen Mitgliedstaaten derzeit paradoxerweise weniger entwickelt und wohl weniger aktiv als die in den Ländern der EU-15. Das neue Programm sollte sich eventuell mit diesem Ungleichgewicht, auf das zahlreiche Redner hinwiesen, befassen.

Drittes Schlüsselmoment, das ebenfalls vor dem Hintergrund der Erweiterung zu sehen ist: in der vorhergehenden Woche hatte man vielerorts der tragischen Ereignisse gedacht, die Europa und die ganze Welt vor Jahrzehnten heimgesucht hatten. Sechzig Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers von Auschwitz verliehen einige der Redner in der Eröffnungssitzung des Forums ihrem Gefühl Ausdruck, dass man sich mit neuer Kraft mit der Vergangenheit eines erst seit kurzem und teilweise wiedervereinten Europas auseinandersetzen muss. Wir dürfen die Geschichte Europas nie vergessen, so Kommissar Figel'. Mit diesem Hinweis forderte er die Teilnehmer implizit auf, über die Rolle nachzudenken, die diese bewegte Vergangenheit für die Entstehung einer aktiven europäischen Bürgerschaft spielen kann. Öffentliche Gedenkfeiern wie die vom 27. Januar, die weit davon entfernt sind, partikularistische und identitätsgebundene Erinnerungen zu wecken, können dabei helfen, ein noch schwaches, aber sich langsam entwickelndes kollektives Gedächtnis zu prägen, das auf die Zukunft ausgerichtet ist und zum Ausdruck und Gefühl einer europäischen Identität beitragen kann.

Es ist unwahrscheinlich, dass eine solche Identität jemals unabhängig von der vorher geformten lokalen, regionalen oder nationalen Identität bestehen kann. Sowohl Anne-Marie Sigmund, Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, als auch Pascal Lamy betonten die Vielschichtigkeit einer europäischen Identität. Ganz eindeutig ist die Identität auf europäischer Ebene derzeit am schwächsten ausgeprägt und an dieser Situation dürfte sich angesichts der unvermeidlichen Distanz zwischen den Europäischen Institutionen und Bürgern auch in den nächsten Jahren nichts ändern, wie der Präsident von Notre Europe es doch eher pessimistisch formulierte. Wenn jedoch die Identität in gewissem Maße aus einem Zugehörigkeitsgefühl entsteht, so Catherine Guy-Quint vom Europäischen Parlament, dann muss das künftige Programm darauf abstellen, die vom großen Binnenmarkt geprägte Wirtschaftsbürgerschaft in den Hintergrund zu drängen. Das wäre zweifelsohne ein weiterer Schritt in Richtung einer Union, die – wie John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes bemerkte – einen zivilisatorischen Einfluss auf die Globalisierung und den marktwirtschaftlich orientierten Kapitalismus ausüben könnte.

Wie kann dieses Gefühl der Zugehörigkeit gepflegt werden? Das Konsultationsforum fand in einer sehr frühen Phase des Ratifizierungsprozesses der Europäischen Verfassung statt, die - sollte sie angenommen werden – in etwa zum selben Zeitpunkt in Kraft tritt wie das neue Programm zur Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft. In der Eröffnungssitzung und in den anschließenden Diskussionen, die sich über zwei Tage erstreckten, wurde immer wieder auf Artikel I-47 der Verfassung verwiesen, durch den der Grundsatz der partizipativen Demokratie in die demokratische Struktur der Europäischen Union eingeführt wird, der den Bürgern und repräsentativen Verbänden die Möglichkeit gibt, öffentlich ihre Meinungen auszutauschen und einen regelmäßigen Dialog mit den Organen zu

pflegen. Und es ist genau diese Art von Bürgerbeteiligung, die nach Meinung vieler Redner zu einem Gefühl der Zugehörigkeit zur Europäischen Union führen kann. Es wäre unrealistisch zu erwarten, dass sich auf diese Weise die Kluft zwischen den Bürgern und den Institutionen Europas überbrücken lässt, aber es könnte ein Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung entstehen. Um es mit den Worten von Anne-Marie Sigmund auszudrücken: Die Bürger Europas würden nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der europäischen Politik werden. Oder, wie Claude du Grandrut es formulierte, die als Vertreterin des Präsidenten des Ausschusses der Regionen das Wort ergriff, hieße dies, die Bürgerschaft sowohl als Mittel als auch als Zweck zu sehen. Möglicherweise steht, wie der Kommissar es bereits andeutete, das Überleben der Europäischen Union auf dem Spiel.

Wie das derzeitige Programm stellt das neue Programm darauf ab, Bottom-up-Initiativen zu fördern und zu unterstützen. Schlüsselement einer wirksamen und sinnvollen aktiven Bürgerschaft ist zweifelsohne die Information, so Kommissar Ján Figel' und viele seiner Nachredner. Aber auch wenn Kommunikation und Aktion Hand in Hand gehen, so dürfen sie doch nicht verwechselt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben von Kommissarin Margot Wallström ist es, Europa zu vermitteln. Dies beinhaltet einen Top-down-Mechanismus. Natürlich kommt den Medien als unverzichtbaren und unumgänglichen Kommunikationsträgern bei der Förderung von Projekten und Aktivitäten im Bereich der aktiven Bürgerschaft eine wichtige Rolle zu. Diese müssen jedoch weiterhin von der Zivilgesellschaft geprägt werden, die als Impulsgeber fungiert: es sind die Bürger und ihre Vertreter, die es zu mobilisieren gilt. Am Forum nahmen genau die Bürger und Vertreter teil, um die es geht. Die Empfehlungen, Stellungnahmen und natürlich auch die Ermutigungen der Redner, die das Wort in der Eröffnungssitzung ergriffen, lieferten Denkanstöße, gaben eine Richtschnur für die Debatte vor und trugen dazu bei, die unscharfen Konturen eines erweiterten Europas zu zeichnen, das noch nicht bürgernah ist, jedoch versucht, bei den zahlreichen Gruppen der europäischen Zivilgesellschaft, die es erreichen kann, Hoffnung zu wecken und in der Folge Engagement auszulösen.

Redner wie Jeremy Smith äußerten sich enthusiastisch zu den Städtepartnerschaften, die noch lange eine wichtige Rolle bei der Intensivierung der Kontakte zwischen den Bürgern spielen werden, indem sie die transnationalen Begegnungen fördern, die unerlässlich für ein besseres gegenseitiges Verständnis sowie das Selbstverständnis sind. Einrichtungen, die ein Ziel von allgemeinem europäischem Interesse verfolgen, wie NRO, Think-Tanks oder Gewerkschaften, müssen weiterhin als Vermittler und Zwischenstellen fungieren, ihre Multiplikator-Netzwerke festigen und zur Ausgestaltung der Politik der Europäischen Union im Bereich der aktiven Bürgerschaft beitragen. Sie alle sind unverzichtbare Akteure bei der Förderung eines stärker von Solidarität und Integration geprägten Europas, für das sich Anne-Sophie Parent, die Vorsitzende der Plattform der im sozialen Bereich tätigen europäischen NRO in ihrem Beitrag einsetzte, ein Europa, das in der ganzen Welt für Demokratie und aktive Bürgerbeteiligung steht. Kommissar Figel' führte aus, dass wie alle Gedanken auch der europäische Gedanke vergänglich ist, der ständig gehegt und gepflegt und durch Debatten am Leben gehalten werden muss. Ermutigt durch die Tatsache, dass Vertreter der Institutionen der Europäischen Union, wie Christian Frederick Braun, Vertreter der luxemburgischen Ratspräsidentschaft, und verschiedene Vertreter der Zivilgesellschaft, die das Wort in der Eröffnungssitzung ergriffen hatten, ihre Unterstützung für das Programm zusagten, sahen die

Teilnehmer den am Nachmittag parallel stattfindenden Sitzungen zuversichtlich entgegen, auf denen sie ihrer Aufgabe gerecht werden wollten, zu dieser fruchtbaren Debatte beizutragen, um zu vermeiden, dass der großartige europäische Gedanke verkümmert oder stirbt.

Drei Parallelsitzungen zu Lehren aus bereits gesammelten Erfahrungen

I – Städtepartnerschaften und aktive Unionsbürgerschaft

Die Idee für Städtepartnerschaften entstand in Europa kurz nach dem zweiten Weltkrieg. Ziel war es, das gegenseitige Verständnis und die Völkerverständigung zu fördern. Aber erst im Jahr 1989 wurde auf Initiative des Europäischen Parlaments ein Partnerschaftsprogramm aufgelegt, in dessen Rahmen die Europäische Kommission finanzielle Beihilfen gewährt. Innerhalb von 15 Jahren konnte die Anzahl der sich an den Programmen beteiligenden Städte immerhin um ein Zehnfaches erhöht werden. Anfang 2004 wurde das Städtepartnerschaftsprogramm in das neue Gemeinschaftsprogramm zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft eingegliedert, zu dem es mit mehr als 40 % seines Jahresbudgets beiträgt. Ziel ist es, die Bürger eng in die Überlegungen und Diskussionen zum Aufbau der Europäischen Union einzubeziehen, die Kontakte und den Austausch zwischen den Bürgern verschiedener Länder zu intensivieren und die Werte und Zielsetzungen der Europäischen Union zu fördern und zu verbreiten.

Im Jahr 2004 nahmen rund 30 000 Städte an fast 1 500 Städtepartnerschaftsprojekten teil. Viele der Teilnehmer am Forum waren denn auch eng an den laufenden Aktivitäten in diesem Bereich beteiligt. In dem Workshop zum Thema „Städtepartnerschaften“ wurden dank der wertvollen Erfahrung vieler Teilnehmer fundierte und nützliche Vorschläge und Konzepte unterbreitet. Den Vorsitz in dieser Sitzung mit der größten Teilnehmerzahl des Konsultationsforums führte Jeremy Smith, Generalsekretär des Rats der Gemeinden und Regionen Europas und Generalsekretär der International Union of Local Authorities (IULA). Berichterstatter war Richard Arnold von der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union.

Gleich zu Beginn der Diskussionen kristallisierte sich Übereinstimmung in zwei Punkten heraus: zum einen sprachen sich alle Teilnehmer nachdrücklich dafür aus, dass den Aktivitäten im Bereich der Städtepartnerschaften weiterhin die unverzichtbare und willkommene Unterstützung der Europäischen Kommission zuteil wird, zum anderen wurden Erwägungen über ein Mainstreaming des Städtepartnerschaftsprogramms in andere Gemeinschaftsprogramme abgelehnt. Die Städtepartnerschaften, so zahlreiche Redner, haben über die Jahre hinweg eine unverwechselbare Identität entwickelt. Städte und Gemeinde, die nicht an anderen Programmen teilnehmen können, haben hervorragende Ergebnisse bei der europaweiten Förderung des gegenseitigen Verständnisses und des Bewusstseins für die Vielfalt erzielt, indem sie zusammen konkrete Projekte durchgeführt haben, die Europa mehr Außenwirkung verleihen und es seinen Bürgern ganz natürlich näher bringt. Nach Auffassung zahlreicher Teilnehmer war das Programm mit der gebührenden Anerkennung für ihre engagierten Bemühungen zur Förderung grenzüberschreitender Beziehungen zwischen Bürgern und Städten verbunden. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass Mainstreaming-Maßnahmen, so wie sie in der Sitzung am Vormittag von einigen Rednern angeschnitten wurden, unweigerlich zum Verlust des unverwechselbaren Charakters der Aktivitäten führen würden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung bemühten sich die Teilnehmer, Mittel und Wege für eine Verbesserung des Programms aufzuzeigen. Gestützt auf ihre Erfahrungen mit früheren oder derzeitigen Aktivitäten und Projekten im Bereich der Städtepartnerschaften einigten sie sich auf drei Hauptvorschläge.

Erstens, die Idee von Mehrjahresprojekten im künftigen Programm wurde von der Mehrzahl der Teilnehmer nachdrücklich befürwortet. Während unterstrichen wurde, dass diese Art von Projekten nicht zu Lasten kleinerer Projekte und Projekten mit kurzer Laufzeit, die derzeit für eine Finanzhilfe in Frage kommen, durchgesetzt werden darf, hoben zahlreiche Teilnehmer die Vorteile und Möglichkeiten einer Mehrjahresfinanzierung hervor. Vor allem würden Mehrjahresprojekte, so die Befürworter, eine größere finanzielle Sicherheit bieten und es somit den Akteuren erlauben, bei der Konzipierung der Arbeitsprogramme für Städtepartnerschaften stärker strategisch geprägte Ansätze in Erwägung zu ziehen. U. a. könnte man sich über einen längeren Zeitraum hinweg eingehend mit eindeutig festgelegten prioritären Themen befassen.

Zweitens, der Vorschlag, weiterhin flankierende Maßnahmen zu unterstützen, stieß auf sehr positive Resonanz. Es wurde die Meinung vertreten, dass diese Maßnahmen ein sehr nützliches Instrument sind, um günstige Rahmenbedingungen für die laufenden Aktionen zu schaffen. Insbesondere wurde die Hoffnung geäußert, dass sie die Einrichtung und Weiterentwicklung transeuropäischer Netzwerke erleichtern und einen fruchtbaren Austausch von bewährten Praktiken im Bereich der Städtepartnerschaften ermöglichen. Eine Reihe von Teilnehmern sah hierin ganz klar eine optimale Möglichkeit, Verbindungen zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten herzustellen. Vorgeschlagen wurde auch die Einrichtung eines Internet-Portals mit z. B. einer dezentralisierten Anlaufstelle für Unterstützung und Beratung.

Drittens, übereinstimmend wurden eine stärkere Vereinfachung und die Beschleunigung der Antragsverfahren gefordert, eine Forderung, die nicht ganz unerwartet kam. Obwohl dank der jüngsten Bemühungen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission die Verfahren einfacher und übersichtlicher geworden sind, gibt es nach wie vor viele Programmbereiche, die als übertrieben bürokratisch empfunden werden. Besonders bemängelt wurden die verzögerten Zahlungen, die komplizierten Formulare, die Kommissionszielvorgaben, die nach Dafürhalten zahlreicher Teilnehmer an den täglichen Bedürfnissen der am Programm beteiligten Bürger vorbeigehen, und die Anforderung, jede einzelne Seite der Zuschussvereinbarung zu paraphieren. Auch die Tatsache, dass eine Zusammenfassung der vorgeschlagenen Maßnahme in englischer Sprache vorgelegt werden muss, stellt kleine Städte und Dörfer häufig vor ein Problem. Des Weiteren läuft die Forderung der Europäischen Kommission, dass einige Monate im Voraus Angaben zur genauen Anzahl der teilnehmenden Personen zu machen sind, dem spontanen Charakter vieler Projekte zuwider.

Im Laufe der Workshop-Debatten wurden überdies immer wieder zwei weitere Hoffnungen und Zielvorstellungen zum Ausdruck gebracht. So wurde es für äußerst wichtig erachtet, dass die Bürger, Städte und Gemeinden der Kandidatenländer an dem Städtepartnerschaftsprogramm teilnehmen können. Schließlich befasste man

sich im Rahmen der bereits erörterten Frage von Mehrjahresprojekten mit der Möglichkeit von Sonderveranstaltungen, mit denen die Einbindung der Jugend Europas gefördert und unterstützt werden kann.

II – Forschungs-, Reflexions- und andere Studien von Organisationen, die Ziele von allgemeinem europäischem Interesse verfolgen

Die Mehrzahl der seit dem Anlaufen des derzeitigen Programms durchgeführten Aktivitäten wurde im Wege von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählt. Gleichwohl wurde im Hinblick auf den Abschluss im letzten Jahr der Durchführung des derzeitigen Programms zeitweise eine Ausnahme für einige Organisationen gemacht, die ein Ziel von allgemeinem europäischem Interesse verfolgen. Diesen Organisationen, die sorgfältig einzeln ausgewählt wurden, wurde fallweise ein Betriebskostenzuschuss gewährt. Unterstützt wurden Organisationen, deren Auftrag allgemeine oder berufliche Bildung, Information oder Studien und Forschungen im Bereich Europapolitik umfasst, oder europäische Netze von Non-Profit-Einrichtungen, die sich der Förderung der Entwicklung einer aktiven Unionsbürgerschaft verschrieben haben. Die Mehrzahl der derzeitigen Zuschüsse werden Einrichtungen der ersten Art gewährt, was für die wachsende Bedeutung von Think-Tanks steht.

Die meisten Teilnehmer am Workshop zum Thema „Forschungs- und Reflexionsstudien“ waren Vertreter dieser Einrichtungen, die zahlenmäßig ständig zunehmen. In der Diskussion ging es im Wesentlichen um deren derzeitige Aktivitäten und ihre künftige Rolle im Programm zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft, aber es waren auch zahlreiche NRO vertreten. Während der Debatte stellte sich dann auch heraus, dass die Grenzen zwischen den beiden Arten von Zuschussempfängern nicht immer so eindeutig, präzise oder klar sind, wie man sich das möglicherweise vorstellt, und in vielen Fällen, Verknüpfungen zwischen ihren Aktivitäten unter Umständen äußerst positive Resultate für die europäische Zivilgesellschaft haben können.

Den Vorsitz in diesem Workshop führte Stephen Boucher, Verfasser eines unabhängigen aktuellen Berichts über Think-Tanks in der Europäischen Union. Berichterstatterin war Elizabeth Bisland, Leiterin des Zentrums für Europäische Politik. In den Diskussionen befassten sich die Teilnehmer sowohl mit den Erkenntnissen der Vergangenheit als auch mit Vorschlägen für die Zukunft. Die zur Diskussion vorgebrachten Reflexionspunkte betrafen zum einen den potenziellen Beitrag von Think-Tanks zur europäischen Politik oder Zivilgesellschaft, die möglichen Partnerschaften zwischen solchen Aktivitäten und denjenigen der NRO, zum anderen allgemeinere Aspekte wie die Erfahrungen, auf deren Grundlage die beiden Arten von Einrichtungen Vorschläge zur Verbesserung des derzeitigen Programms für aktive Bürgerschaft unterbreiten könnten.

Die Teilnehmer wurden zu Beginn des Workshops gebeten, sich über die Lehren, die aus dem derzeitigen Programm gezogen werden können, auszutauschen. Da die anwesenden Akteure eine breite Palette von Interessen und Aktivitäten vertraten, war es allerdings nicht ganz einfach, einen Konsens herauszuarbeiten. Dennoch herrschte bei einigen grundlegenden Mängeln weitgehend Übereinstimmung, Mängel, die – so hoffte man – im nächsten Programm behoben sein werden. Die derzeitigen finanziellen Bestimmungen und Verfahren – so die Teilnehmer – würden die Verwirklichung der Programmziele, nämlich die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung einer aktiven Bürgerschaft, erheblich behindern.

Starre Verfahren sowie komplexe und detaillierte Finanzregelungen wurden von zahlreichen Organisationen, insbesondere den NRO, als lähmend und umständlich erachtet. Die Teilnehmer betonten, dass – ähnlich wie Pascal Lamy es bereits einleitend in seinen Empfehlungen formuliert hatte –, die Evaluierung der Projektergebnisse und der durchgeführten Aktivitäten weitaus größeres Gewicht erhalten sollte.

Ein weiterer Diskussionspunkt betraf die Kriterien für die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen. Vor dem Hintergrund der hohen Anzahl potenzieller Antragsteller und der eher beschränkten zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wurden die Teilnehmer gefragt, welche Kriterien in einem zweifelsohne wettbewerbsorientierten Auswahlverfahren zur Anwendung gelangen sollten. Die von den Teilnehmern befürworteten Kriterien spiegelten die Programmziele wider. Die Aktivitäten und Projekte sollten es ermöglichen, den derzeit durchgeführten Arbeiten eine zusätzliche europäische oder transnationale Dimension zu verleihen. Außerdem sollten sie sich auf Themen konzentrieren, die für eine nachhaltige und erfolgreiche Verwirklichung des europäischen Integrationsprozesses ausschlaggebend sind.

Weitere Vorschläge betrafen die Auswahlkriterien für Organisationen, die Strukturfördermittel oder Betriebskostenzuschüsse beantragen. Beruhen sollten diese Kriterien, die weitgehend auch für die Organisationen gelten, die die oben genannten Aktivitäten und Projekte durchführen, auf quantitativen oder qualitativen Analysen der Verwaltungsstruktur und der Transparenz der Einrichtungen, dem allgemeinen Einsatz für europäische Werte, der Anzahl von Veröffentlichungen, dem Umfang und der Reichweite der Netzwerke, dem Multiplikator-Effekt oder der Erfolgsbilanz. Dieser Ansatz wurde nicht einhellig von allen Workshop-Teilnehmern befürwortet; viele von ihnen waren der Meinung, dass es in der Mehrzahl der Fälle schwierig ist, derartige Kriterien zu messen; auch würden diese Kriterien ein Hindernis für neue Think-Tanks oder Einrichtungen und somit für Innovation darstellen.

Die anschließenden Debatten konzentrierten sich vornehmlich auf die Think-Tanks, ihre Rolle in der Ausgestaltung europäischer Politik, ihre Einstellung zur Zivilgesellschaft und die Arten von Partnerschaften, die sie untereinander oder mit anderen Organisationen eingehen könnten, um die europäischen Bürger optimal zu erreichen.

Think-Tanks können als entscheidendes Glied zwischen der akademischen Forschung, die allzu oft abgekapselt agiert, und den politischen Entscheidungsträgern auf höchster Ebene fungieren. Diese Position und ihr interdisziplinärer Charakter machen sie zu idealen Keimzellen für neue Ideen, einschließlich Vorschlägen für die Politik der Europäischen Union. Sie sind außerdem in der Lage, die Debatte zu Themen von allgemeinem europäischem Interesse zu fördern, und sie könnten ihrer Arbeit durch die Verknüpfung von Forschungszentren in ganz Europa eine unschätzbare europäische Dimension verleihen.

Neben den Querschnittsverbindungen, die sie zwischen akademischen Kreisen und öffentlichen Behörden herstellen, können die Think-Tanks als Schnittstelle zwischen den Institutionen und der Öffentlichkeit fungieren, indem sie die Strategien und

Ansätze verdeutlichen und erläutern und sie somit für die Bürger und Stakeholder verständlicher und zugänglicher machen.

Sind die NRO nicht besser gerüstet, um auf diese Weise mit den Menschen auf der Straße in Kontakt zu kommen und zu kommunizieren? Diese Meinung wurde jedenfalls von vielen Teilnehmern als stichhaltiges Gegenargument angeführt. Falls ja, könnten die Think-Tanks ja vielleicht als „Förderbänder“ fungieren, auf die die NRO nach Bedarf und nach Maßgabe der jeweilig anstehenden Thematik aufspringen. Möglicherweise könnten auf diese Weise sinnvolle Partnerschaften zwischen den beiden Arten von Einrichtungen entstehen, was ein Zeichen für die – nach Auffassung vieler – natürliche symbiotische Beziehung zwischen ihnen wäre. Dieser Gedanke impliziert die Idee, dass Think-Tanks „reflektieren“ und NRO „agieren“, eine Idee, die verschiedene Teilnehmer diskutierten oder zumindest herauszustellen versuchten. Dagegen argumentierten viele andere Teilnehmer, dass die Grenzen zwischen Reflexion und Aktion und somit zwischen Think-Tanks und NRO nicht immer eindeutig und sicherlich nicht undurchlässig sind. Einig war man sich jedoch darin, dass zivilgesellschaftliche Organisationen wirksame und nützliche Multiplikatoren und unerlässliche Vermittler sind, dank derer die breite Öffentlichkeit erreicht werden kann. Ein unverzichtbares Instrument bei allen Aktivitäten und Projekten der Think-Tanks sind schließlich die Medien, die den Kommunikationsfluss in zwei Richtungen erleichtern: sie thematisieren sowohl die Erwartungen der Bürger als auch die Strategien und Beschlüsse der Europäischen Union.

Die unterschiedlichen Ansätze, die während der Diskussionen am Nachmittag vertreten wurden, stimulierten die Reflexion und Debatte und ergaben zahlreiche, manchmal gegensätzliche Ideen und Vorschläge. Gleichwohl kristallisierte sich ein gemeinsames Gefühl heraus: die gesellschaftsweite Debatte über den Sinn von Europa, seine Bedeutung, seine Auswirkungen und seine Werte ist angesichts der derzeitigen Passivität bei weitem zu wenig. Think-Tanks und NRO wollen der Zivilgesellschaft in Europa neuen Auftrieb und Schwung verleihen. Sie können den europäischen Bürgern eine Reihe von Wahlmöglichkeiten und Visionen bieten und mit Unterstützung der Kommission und dem Programm zur Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft die Bürger einbinden, mobilisieren und dazu bewegen, sich an der Ausgestaltung alternativer und sich ständig wandelnder Auffassungen von Europa und dem Integrationsprozess zu beteiligen.

III – Projekte und Aktionen für die Weiterentwicklung Europas und der Unionsbürgerschaft

Im derzeitigen Programm zielen die jährlichen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen darauf ab, eine breite Palette von Aktivitäten zu unterstützen, wie die Informationsverbreitung, die Organisation von Konferenzen und Gesprächsrunden sowie die Entwicklung von Materialien und Lehrprogrammen für die allgemeine und berufliche Bildung. Dank solcher gezielter Projekte haben viele verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NRO), branchenübergreifende Gewerkschaften sowie Verbände und Vereinigungen, die Ziele von allgemeinem europäischem Interesse verfolgen, die Gelegenheit, sich am Programm zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft zu beteiligen und eine Finanzhilfe gewährt zu bekommen.

Am Workshop nahm daher eine recht heterogene Gruppe von Vertretern von europäischen Vereinigungen, Gewerkschaften, Berufsverbänden, nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, europäischen Netzwerken und Interessengruppen teil. Den Vorsitz führte Joël Decaillon vom Europäischen Gewerkschaftsbund. Im Rahmen der Diskussionen wurden zahlreiche konstruktive Vorschläge und Anregungen unterbreitet, die allerdings nicht von allen Teilnehmern vorbehaltlos befürwortet wurden. Da sie jedoch von erfahrenen Vertretern der Zivilgesellschaft stammten, lieferten sie insgesamt äußerst nützliche Denkanstöße und einen reichen Fundus für mögliches Material als Grundlage für eine Überarbeitung des Programms zur Förderung der aktiven Bürgerschaft. Berichterstatte war Giovanni Moro, Leiter des Active Citizenship Network.

Im Verlauf des Workshops kristallisierten sich zwei Themenkomplexe heraus. Sie betrafen zum einen die früheren und aktuellen Beziehungen zur Kommission sowie die Erfahrungen mit dem Programm, zum anderen die Hoffnungen, Zielsetzungen und entsprechenden Strategien und Instrumente.

Zwar wurde keine Einheitsmethode zur Änderung der momentanen Beziehungen zwischen der Kommission und den zivilgesellschaftlichen Organisationen oder zur Anpassung der eher verfahrenstechnischen Aspekte des Programms zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft vorgeschlagen, um den Bedürfnissen, Anliegen und Erwartungen der Bürger besser gerecht werden zu können. Gleichwohl waren alle Teilnehmer der Auffassung, dass die derzeitigen Arbeitsbeziehungen verbesserungswürdig sind. Vor allem wurde in den Diskussionen mit Nachdruck die Entwicklung einer echten Partnerschaft gefordert, in deren Rahmen die Europäische Kommission unter Berücksichtigung der Vielfalt und Diversität der zivilgesellschaftlichen Organisationen stärker in die europäische Zivilgesellschaft investiert, eine Partnerschaft, die sich möglicherweise aus einem überarbeiteten und vereinfachten Konzept für die Umsetzung des neuen Programms ergibt und weiterentwickelt.

In dieser Sitzung wurden auch die Aspekte Verwaltungsaufwand und Komplexität angesprochen und die diesbezüglichen Wortmeldungen gingen stets mit spezifischen und präzisen Beschwerden und Unmutsäußerungen einher. Stein des Anstoßes waren vor allem die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und Haushaltsfragen. Erstere werden unter den derzeitigen Bedingungen als kontraproduktiv empfunden. Viele Teilnehmer beklagten, dass der Zeitraum zwischen der Veröffentlichung der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und der Einreichungsfrist sowie zwischen dem Zeitpunkt der Projektauswahl und dem geplanten Termin für die Durchführung zu kurz bemessen ist. Angesichts der verwaltungstechnischen Hindernisse und der komplizierten Verfahren, mit denen alle Antragsteller konfrontiert sind, besteht die Gefahr, dass von der Teilnahme am Programm die kleineren und schwächeren Organisationen ausgeschlossen werden, die bei der Erarbeitung der Vorschläge nicht immer über das oftmals unbedingt erforderliche Fachwissen und Know-how verfügen.

Was die finanziellen Belastungen betrifft, so wiesen zahlreiche Teilnehmer auf die Probleme vieler zivilgesellschaftlicher Non-Profit-Organisationen, die zur Kofinanzierung erforderlichen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Verschiedentlich wurde der Wunsch geäußert, die Kommission möge den Wert der ehrenamtlichen

Tätigkeiten und Beiträge in Form von Sachleistungen berücksichtigen, die für eine Vielzahl von Organisationen in Europa zur Aufrechterhaltung ihrer Aktivitäten unabdingbar sind. Wie zahlreiche Teilnehmer unterstrichen, sind die freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer ein wesentlicher Bestandteil der Zivilgesellschaft und setzen in vielen Fällen einen deutlichen Akzent für die Art von Bürgerschaft, wie sie die Kommission anstrebt.

Die Teilnehmer baten die Kommission außerdem, die Kommunikation mit den künftigen Partnern zu verbessern und ihnen mehr Informationen zur Verfügung zu stellen, damit eine gewisse Transparenz seitens der europäischen Institutionen gewährleistet und der Austausch bewährter Verfahren zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht wird. Auch würde die Veröffentlichung von Berichten über die Ergebnisse der Projekte und Aktivitäten sowie ihre praktischen Outputs und Folgen der durchgeführten Arbeit einen Wert verleihen, der zwar konkret ist, aber oftmals nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Die Beiträge am Nachmittag befassten sich jedoch nicht ausschließlich mit den verfahrenstechnischen Aspekten des künftigen Programms. Der zweite Fragenkomplex, dem sich der Workshop widmete, ging über die Anliegen und Bedürfnisse im administrativen oder finanziellen Bereich hinaus und legte den Schwerpunkt auf die Strategien, Zielsetzungen und Instrumente, die für eine erfolgreiche Durchführung eines europaweiten integrationsfördernden Aktionsprogramms erforderlich erscheinen.

Für prioritär erachtete eine Reihe von Teilnehmern, dass das Programm zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft 2007-2013, die Integration der Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union im Mai 2004 beigetreten sind, fördert, und die derzeitigen Kandidatenländer unterstützt. Die stärker „etablierten“ Mitgliedstaaten, so wurde argumentiert, tragen eine enorme Verantwortung gegenüber den Zivilgesellschaften der gesamten Union und der Nachbarländer. Durch die vorgesehenen kulturellen Austauschmaßnahmen und die Mobilität kann und soll das Programm dazu beitragen, dass diese Verantwortung etwas leichter wird. Es geht nicht darum, die Belastung zu verlagern, sondern vielmehr darum, die Herausforderung der Erweiterung als Chance für einen breiten Dialog und eine umfassende Beteiligung der Bürger zu begreifen. Das kann für eine europäische politische Kultur, die noch in den Kinderschuhen steckt, und für ein europäisches Förderprogramm, dessen Basis die Solidarität der Teilnehmer und der Bürger ist, nur von Vorteil sein und sich als Quell der Inspiration erweisen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass bei den meisten Projekten und Aktivitäten der am Workshop teilnehmenden zivilgesellschaftlichen Organisationen mit der Finanzierung auf Jahresbasis keine ausreichend stabilen Rahmenbedingungen für die Förderung einer aktiven Bürgerschaft gegeben sind. Die Zielsetzungen des Programms können am besten oder – wie viele meinten – *nur* durch Maßnahmen mit einer längeren Laufzeit verwirklicht werden. Nach Ansicht vieler Teilnehmer ist die Förderung in Form eines mehrjährigen Zuschusses der Schlüssel für Qualität und die einzig mögliche Grundlage für erfolgreiche und wirksame Projekte.

Andere Vorschläge gingen dahin, Jugendliche und Jugendorganisationen stärker in das Programm einzubeziehen. Angeregt wurde außerdem die Entwicklung eines umfassenderen Online-Portals als wichtiges Instrument für eine verbesserte Information der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der breiten Öffentlichkeit.

Insgesamt stimmten alle darin überein, dass die Zukunft Europas weitgehend von den Aktionen der Bürger abhängt, und diese Aktionen in bestimmtem Maße von den Botschaften beeinflusst werden, die der Gesellschaft in Bezug auf die Definition, Bedeutung und Tragweite der Bürgerschaft vermittelt werden. Europa müsse daher durch solche Botschaften unmissverständlich erklärt werden. Zu diesem Zweck müssten breite Debatten oder große Veranstaltungen organisiert, gefördert und unterstützt werden, in deren Rahmen Themen erörtert werden, die sich mit dem kulturellen Erbe Europas befassen oder den interkulturellen und interreligiösen Dialog begünstigen.

Eines stand jedenfalls fest: alle Teilnehmer legten in ihrem Engagement einen Enthusiasmus und ein Verantwortungsgefühl an den Tag, die symbolträchtig für die Veranstaltung waren. An diesem Nachmittag wurden sachdienliche und konstruktive Diskussionen geführt, die einige Widersprüchlichkeiten und Unstimmigkeiten des derzeitigen Programms aufzeigten und dazu beitrugen, eine Reihe von Themen und Optionen für die Zukunft festzuhalten. Der Workshop diente als Plattform für eine Debatte, die viele Teilnehmer gerne weitergeführt hätten, und nicht wenige äußerten die Hoffnung auf eine baldige Wiederholung.

Freitag, 4. Februar 2005

Am zweiten Tag des Konsultationsforums fand die Plenarsitzung statt, auf der die Teilnehmer sich ausführlich mit dem künftigen Programm befassten. Für die Diskussionen am Vormittag und am Nachmittag waren drei besondere Themen festgelegt worden: die Ziele, die Arten von Aktivitäten und Zielgruppen sowie die Finanzierungsmittel und –bedingungen des neuen Programms für eine aktive Unionsbürgerschaft. Den Vorsitz führte eine unabhängige Expertin, Ailsa Spindler, flankiert vom Vertreter der Europäischen Kommission, Pierre Mairesse, Direktor *ad interim* der Direktion Jugend, Sport und Beziehungen mit dem Bürger.

Pierre Mairesse stellte einleitend allgemeine Überlegungen zu Europa und der Bürgerschaft an und wies auf die Herausforderungen und Hindernisse für das Programm hin. Er unterstrich, dass die Forumsteilnehmer sich bei ihrer Aufgabe vor allem von drei Elementen leiten lassen müssen. In Anlehnung an die Rede von Pascal Lamy vom Vortag erinnerte er daran, dass Europa für die Bürger weit entfernt und fremd ist, dass praktisch eine Kluft Europa und die Bürger trennt. Eine aktive Bürgerschaft – bereits auf nationaler Ebene ein ehrgeiziges Ziel oder ein anspruchsvoller Wunsch –, so Pierre Mairesse weiter, stelle auf europäischer Ebene eine noch größere Herausforderung dar. Sie könne jedoch möglicherweise ein Weg sein, um der dritten großen Herausforderung zu begegnen, nämlich der Entwicklung einer europäischen Identität.

Gleichwohl dürften diese drei Aspekte kein Anlass zur Besorgnis sein. Ein anderer Blick auf die Realität Europas aus einer optimistischeren, wenngleich genauso ehrlichen Perspektive, rücke die Fortentwicklung in den Mittelpunkt. Allein die Möglichkeit der Fortentwicklung, die Tatsache, dass die Bürger in die Ausgestaltung des künftigen Europas, in dem sie leben, eingebunden werden können, sei Grund zur Hoffnung. Diese Möglichkeit in Verbindung mit der wachsenden Bedeutung der Zivilgesellschaft und den zahlreichen und bedeutsamen Initiativen, die tagtäglich von einfachen Bürgern ergriffen würden, stelle eine entscheidende Weichenstellung dar.

Natürlich gebe es Schwierigkeiten gibt, die jedoch nicht unüberwindbar seien. Und genau hier setze das Programm für eine aktive Bürgerschaft an. Indem es die Voraussetzungen für das Engagement der einfachen Bürger für die Zivilgesellschaft Europas schaffe, könne es das europäische Bürgerbewusstsein, das Gefühl der Verbundenheit in einem Europa, in dem auch die Bürger eine Rolle zu spielen haben, entstehen lassen. Bevor er den Teilnehmern das Wort überließ, skizzierte Pierre Mairesse kurz die Sachzwänge für das Programm. Das Programm müsse leichter zu verwalten sein und stärker die Basisarbeit berücksichtigen, gleichwohl müsse es realistisch bleiben. Auch müsse es eine gewisse Kontinuität mit den derzeit laufenden Maßnahmen gewährleisten. Schließlich könne es nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Mit dem abermaligen Hinweis, dass das Programm keine Top-Down-Informationskampagnen vorschlagen und die Zivilgesellschaften auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene nicht direkt unterstützen wird, beendete Pierre Mairesse seine Rede, um sich anschließend an den Diskussionen zu beteiligen.

Die ersten Kommentare betrafen den Gesamtkontext des Programms. Die Bürgerschaft, so wurde argumentiert, ist ein ausgestaltungsfähiges Konzept. Es

handelt sich auch um einen Prozess. Und zwar nicht um einen, der eintreten soll, sondern um einen, der sich bereits vollzieht. Wie das neue Programm kommt auch die anvisierte aktive Bürgerschaft nicht aus dem Nichts hervor. Beide bauen auf den heutigen realen Gegebenheiten auf. Insofern wird das künftige Programm keine aktive Bürgerschaft hervorbringen, sondern vielmehr die Mechanismen schaffen, um die Rolle der aktiven Bürgerschaft anzuerkennen und zu ihrer Förderung und Unterstützung beizutragen. In diesem Punkt waren sich offenbar alle Teilnehmer einig. Unstimmigkeit dagegen herrschte in Bezug auf die aktuelle Definition der Bürgerschaft, insbesondere im Licht des durch die Verfassung eingeführten Grundsatzes der partizipativen Demokratie, eine Verfassung, die – sofern sie von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ratifiziert wird – möglicherweise zum gleichen Zeitpunkt wie das neue Programm in Kraft tritt. Soll den Bürgern Europas eine Rolle bei der Ausgestaltung der Politik und ihrer Durchführung zugewiesen werden? Wie ist der in Artikel I-47 niedergelegte Grundsatz genau auszulegen? Diese komplexen Fragen, deren Tragweite über den Rahmen des zur Diskussion stehenden Programms hinausgeht, mussten praktisch weitgehend unbeantwortet bleiben.

Aber die Tatsache, dass sie überhaupt aufgeworfen werden konnten, so die Teilnehmer, unterstrich den recht einmaligen Charakter der Veranstaltung. Diese bot vielen Akteuren und Vertretern der europäischen Zivilgesellschaft die seltene Gelegenheit zusammenzukommen und sich mit Mitarbeitern der Europäischen Kommission auszutauschen. Wie bereits auf den Parallelsitzungen wiederholt erklärt worden war, waren die Diskussionen äußerst konstruktiv und der Dialog fruchtbar. Allen Teilnehmern gemein war offensichtlich der starke Wunsch, dass eine derartige Veranstaltung häufiger organisiert werden sollte, da ja dieses Forum bereits vor seinem Abschluss seine Nützlichkeit unter Beweis gestellt hat. Pierre Mairesse reagierte positiv auf diesen wiederholt geäußerten Wunsch: bei seiner nächsten Wortmeldung versicherte er u. a., dass bis 2007, also bis zum Inkrafttreten des Programms, ein weiteres Treffen organisiert wird, um die am besten geeigneten Wege und Mittel für die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu bestimmen.

Mit diesem Engagement würdigt die Europäische Kommission nicht nur die ergiebige Arbeit des Forums, sondern auch den reichen Erfahrungsschatz der Gesamtheit der Teilnehmer. Damit soll jedoch keineswegs angedeutet werden, dass diese lediglich als Mittel zum Zweck, nämlich zur Erreichung der Zielsetzungen der Kommission dienen. Vielmehr, so Pierre Mairesse, stellen sie die andere Hälfte einer Partnerschaft dar, die für beide Seiten von Nutzen ist. Die Macht und der Einfluss der Zivilgesellschaft nehmen ständig zu, insofern ist es wichtig, dass beide Seiten zusammenarbeiten, um den Kapazitätsaufbau oder den Aufbau von Institutionen und die Verknüpfung mit der Innovation zu fördern.

Wie können also die Kommission und die Teilnehmer am besten zusammenarbeiten? Welche Ziele und Aktivitäten sollte das neue Programm festlegen? Auf welche Stakeholder sollte es besonders ausgerichtet sein? Diese Fragen zogen sich wie ein roter Faden durch die Debatten der Plenarsitzung, in deren Verlauf viele der am Vortag in den drei Parallelsitzungen unterbreiteten Meinungen und Kommentare wiederholt wurden. Die mehrfach mit Nachdruck

vorgebrachten gezielten Vorschläge rückten in anschaulicher Weise die größten Anliegen der Forumsteilnehmer in den Brennpunkt.

Es wurde die Meinung vertreten, dass das Programm auf die Förderung des interkulturellen Verständnisses ausgerichtet sein soll. Vor allem, so die Teilnehmer, sollen die durchgeführten Projekte eine ausgewogene Integration aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union gewährleisten und Brücken zwischen diesen Ländern und den derzeitigen Kandidatenländern bauen. Besonders wichtig sei es natürlich, dass das Programm Maßnahmen fördert, die einen echten europäischen Mehrwert mit sich bringen. Die Maßnahmen müssten folglich einen transnationalen Charakter haben, die grenzüberschreitende Mobilität und grenzüberschreitende Begegnungen fördern und erleichtern sowie den Austausch von Personen und Ideen über die Grenzen der einzelnen Mitgliedstaaten hinaus unterstützen.

Eine ganze Reihe von Teilnehmern war der Ansicht, dass der europäische Mehrwert am besten durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den an den Programmaktivitäten beteiligten Akteuren und Organisationen erzielt werden kann. Es war vielfach die Rede von der Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Überschreitung von Grenzen und der Verknüpfung von Ressourcen und Fähigkeiten. Hervorgehoben wurde auch der potenzielle Nutzen der gegenseitigen Bereicherung durch verschiedene Arten von Projekten.

Die Mehrzahl der Teilnehmer befürwortete den Vorschlag, Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeitswirkung zu organisieren. Diese könnten in der Tat wirksame Instrumente sein, um einige der grundlegenden historischen Realitäten näher zu beleuchten, die Teil unserer gemeinsamen Kultur sind und von denen wir ausgehen könnten, um ein offenes Europa zu schaffen, das alle einbezieht. Solche Veranstaltungen könnten ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen lassen, zur Entwicklung einer europäischen Identität beitragen und die direkte Einbindung der Bürger in den von vielen Teilnehmern geforderten interkulturellen Dialog konkretisieren.

Die Palette der möglichen Aktivitäten, die während der beiden Tage vorgeschlagen wurden, war sehr breit gefächert und spiegelte die große Bandbreite der Zielgruppen des Programms wider. Es lag zweifelsohne im Interesse aller Teilnehmer, dass das künftige Programm für eine aktive Bürgerschaft wirksame Maßnahmen auf allen Ebenen fördert, von der Basis bis zur europäischen Ebene. Das macht gewissermaßen den einmaligen Charakter des Programms aus. Darin besteht auch die Herausforderung und eine der Hauptschwierigkeiten für diejenigen, die das Programm festlegen und umsetzen sollen. Es gilt, einen einheitlichen und stimmigen Ansatz zu finden, der für die betroffenen Stakeholder, die alle auf dem Konsultationsforum vertreten waren, Raum und Platz bietet.

Es wurde darauf hingewiesen, dass diese innere Geschlossenheit allerdings nur dann möglich ist, wenn die Kommission sich stärker um die Information der Bürger und Organisationen bemüht. Der derzeitige Informationsmangel oder – wie viele beklagten – das völlige Fehlen von Informationen verhindert den Austausch bewährter Verfahren, ein Verständnis des Umfelds und den Einblick in frühere und laufende Projekte und Aktivitäten. Das Wissen und das Verständnis, denen derartige Informationen zugrunde liegen, sind unabdingbar, um zum einen die Kontinuität und

zum anderen die mögliche Innovation zu gewährleisten, die für den dauerhaften Erfolg des Programms erforderlich sind. Es wurde daher angeregt, ein Internet-Portal einzurichten, um auf die zahlreichen Maßnahmen im Bereich der aktiven Bürgerschaft hinzuweisen und umfassende Informationen zu den Programmaktivitäten bereitzustellen.

Die anschließenden Kommentare betrafen die Rechtsgrundlage des künftigen Programms. Pierre Mairesse erklärte, dass die Frage der Rechtsgrundlage des Textes aus verschiedenen Gründen komplex und wichtig ist. Erstens sei sie politisch wichtig: der im Programm genannte Artikel bestimme die Genehmigungsverfahren, den Grad der Einbeziehung des Europäischen Parlaments und die Abstimmungsregeln im Ministerrat. Zweitens sei es eine schwierige Frage: der Vorschlag, der sich zwar auf ein Programm bezieht, das höchstwahrscheinlich nach Inkrafttreten der Verfassung durchgeführt wird, müsse auf einem Artikel der bestehenden Verträge beruhen. Voraussichtlich werde das künftige Programm auf zwei Artikeln basieren. Die Programmziele, die sich auf die Förderung des gegenseitigen Verstehens und des interkulturellen Dialogs beziehen, und die Notwendigkeit, die Werte, die Kultur und die Geschichte Europas in den Mittelpunkt zu rücken, seien eng mit Artikel 151 EG-Vertrag (Kultur) verknüpft. Gleichwohl erscheine auch eine Bezugnahme auf den etwas allgemeiner formulierten Artikel 308 EG-Vertrag erforderlich, um die Maßnahmen abzudecken, die keine spezifische Rechtsgrundlage haben.

Was kann also über Informationsmaßnahmen hinaus getan werden, um die Verwirklichung und Konkretisierung der Programmziele zu erleichtern? Oder mit anderen Worten, welche praktischen und konkreten Änderungen sind nach Meinung der Teilnehmer erforderlich, um die Verfahren zu verbessern? Pierre Mairesse leitete diesen Diskussionspunkt ein, indem er daran erinnerte, dass man sich mit einem Programm befasst, das bis zum Jahr 2013 läuft; folglich müsse unbedingt vermieden werden, allzu restriktive Elemente in das Programm aufzunehmen, und man müsse sicherstellen, dass ein gewisser Spielraum gewahrt bleibt. Alle Vorschläge der Teilnehmer würden festgehalten und geprüft. Vorschläge, die sich allerdings als Hemmnis für die Zukunft erwiesen, würden nicht in die Rechtsgrundlage des Programms aufgenommen, auch wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden könnten.

Die Teilnehmer sprachen sich wiederholt mit Nachdruck für eine Vereinfachung der Verfahren und eine Abkehr von dem Verwaltungsaufwand aus, der mit dem Antragsverfahren verbunden ist. Die derzeitigen Regelungen seien zu kompliziert und stünden in Widerspruch zu dem Programmziel, eine aktive Bürgerschaft zu fördern. Man war sich weitgehend darin einig, dass trotz der Verbesserungen in den letzten paar Jahren noch viel Spielraum für positive Änderungen besteht und noch viele schwerfällige Verfahren abgeschafft werden müssen. Eine Idee, die sich im Laufe des Nachmittags herauskristallisierte und von Pierre Mairesse offensichtlich befürwortet wurde, war die Einsetzung einer Arbeitsgruppe nach Annahme des Programms. Diese soll sich mit den Umsetzungsmodalitäten, insbesondere den finanziellen Aspekten und der Überprüfung der finanziellen Regelungen befassen.

Das neue Programm für eine aktive Bürgerschaft soll offener, transparenter und gerechter als das Vorläuferprogramm werden. Vor allem soll das Verfahren beendet

werden, nach dem das Europäische Parlament einer Reihe von Organisationen Betriebskostenzuschüsse gewährte. Entsprechend dem Gleichbehandlungsgrundsatz der Haushaltsordnung werden alle Aktivitäten in Zukunft im Wege von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählt. Diese Änderung wurde weitgehend begrüßt; einige Teilnehmer, vor allem bestimmte Think-Tanks und NRO, äußerten sich allerdings besorgt. Dieses Verfahren war in der Vergangenheit ein Sicherheitsgarant: es erlaubte verschiedenen Organisationen, langfristig angelegte Aktivitäten mit der Gewähr einer finanziellen Absicherung durchzuführen. Wie sollten sie in Zukunft das Wagnis solcher Langzeitprojekte eingehen, so fragten viele Teilnehmer, wenn die Finanzhilfe, von denen viele stark abhängen, nur auf Jahresbasis gewährt wird? Die Lösung wäre nach Meinung der meisten eine Mehrjahresfinanzierung. Diesem Aspekt muss nach Dafürhalten zahlreicher Teilnehmer in dem neuen Programm Rechnung getragen werden, wenn man an die erfolgreiche Arbeit anknüpfen will, die unter den aktuellen Rahmenbedingungen geleistet wird. Eine mehrjährige Beihilferegelung, so wurde argumentiert, könnte eine ausschlaggebende Rolle bei der Entwicklung jener Partnerschaft spielen, die von der Kommission in den Diskussionen angesprochen wurde. Möglicherweise, so einige Teilnehmer, könnte die Kommission sogar andere Finanzierungsformen ins Auge fassen. Denkbar wäre es doch beispielsweise, Geldgeber und Stiftungen zu finden, die aus Interesse an den Programmaktivitäten bereit wären, sich mit einem bestimmten finanziellen Beitrag daran zu beteiligen.

Die Teilnehmer ersuchten die Kommission außerdem, die unschätzbare Arbeit zu berücksichtigen, die die freiwilligen Mitarbeiter von zahlreichen auf dem Forum vertretenen Organisationen leisten. Ein Großteil des Non-Profit-Sektors sei auf die Mitarbeit dieser Freiwilligen angewiesen. Und dennoch werde im derzeitigen Bürgerschaftsprogramm dem Einsatz und Zeitaufwand dieser Mitarbeiter – Symbol der Solidarität in der sich entwickelnden europäischen Zivilgesellschaft – nicht Rechnung getragen. Ohne die Freiwilligenarbeit wären viele Organisationen und Vereinigungen nicht überlebensfähig. In diesem Zusammenhang wurde während der beiden Tage immer wieder gefordert, in dem neuen Programm die Kofinanzierung in Form von Sachleistungen bis zu einem bestimmten Grad zuzulassen.

Schließlich wurde wiederholt – und zwar sowohl in den Eröffnungsreden als auch in den Parallelsitzungen und in der Debatte in der Plenarsitzung – der Ruf laut, man möge mehr Gewicht auf die Evaluierung der Ergebnisse der geförderten Aktivitäten legen, anstatt wie bislang fast ausschließlich die finanziellen Aspekte in den Vordergrund zu rücken. Die Kommission sollte regelmäßig über die im Rahmen des Programms für aktive Bürgerschaft durchgeführten Projekte Bericht erstatten und diese einer Bewertung unterziehen. Auf diese Weise könnte den alten und neuen Teilnehmern ein sinnvoller Überblick über die geförderten Aktivitäten vermittelt werden. Überdies würde somit ein Beitrag zur Würdigung der täglichen Arbeit der europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen geleistet werden. Darüber hinaus könnte die Kommission sicherlich Nutzen aus einer Evaluierung ziehen, da sie besser beurteilen könnte, welche Arten von Aktivitäten fortgeführt werden sollten und wo Innovationen angezeigt wären.